

Antrag

der Abg. Ansgar Mayr und Christian Gehring u. a. CDU

Auswirkungen der europäischen Verteidigungswirtschaft und sicherheitspolitischen Resilienz auf Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche Bedeutung die Verteidigungs- und Sicherheitswirtschaft für Baden-Württemberg hat, insbesondere hinsichtlich der Zahl der Unternehmen und Beschäftigten, der wirtschaftlichen Wertschöpfung sowie der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten;
2. in welchen Bereichen Baden-Württemberg über besondere industrielle und technologische Kompetenzen verfügt, die für den Ausbau der deutschen und europäischen Verteidigungsfähigkeit von Bedeutung sind;
3. welche Potenziale die Landesregierung für einen Ausbau verteidigungswirtschaftlicher Produktions- und Entwicklungskapazitäten in Baden-Württemberg sieht;
4. welche Hemmnisse einem solchen Ausbau derzeit entgegenstehen, insbesondere hinsichtlich Genehmigungsverfahren, Flächenverfügbarkeit, Fachkräftebedarf, Finanzierung, Planungssicherheit und gesellschaftlicher Akzeptanz;
5. mit welchen Maßnahmen die Landesregierung Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sowie Start-ups, beim Einstieg in die Verteidigungs- und Sicherheitswirtschaft beziehungsweise bei der Ausweitung ihrer Aktivitäten unterstützen kann;
6. welche Chancen sich für Unternehmen aus Baden-Württemberg durch die verstärkte europäische Zusammenarbeit in der Verteidigungsindustrie und den Ausbau des europäischen Marktes für Verteidigungsgüter ergeben;
7. wie die Landesregierung Unternehmen und Forschungseinrichtungen dabei unterstützt, sich an europäischen Förderprogrammen, Ausschreibungen und grenzüberschreitenden Verteidigungsprojekten zu beteiligen;
8. welche Möglichkeiten die Landesregierung sieht, Unternehmen aus Baden-Württemberg stärker in europäische Beschaffungs- und Lieferketten sowie in gemeinsame Rüstungs- und Technologieprojekte einzubinden;
9. wie die Landesregierung die Widerstandsfähigkeit Baden-Württembergs gegenüber Cyberangriffen, Sabotage, Desinformation und weiteren hybriden Bedrohungen bewertet;
10. wie der Informations- und Erfahrungsaustausch Baden-Württembergs mit dem Bund, anderen Ländern, den europäischen Partnern und der Europäischen Union zur Abwehr von Cyberangriffen und hybriden Bedrohungen organisiert ist;
11. welche Potenziale die Landesregierung für eine stärkere grenzüberschreitende Zusammenarbeit insbesondere mit Frankreich und weiteren europäischen Partnern in den Bereichen Cybersicherheit, Bevölkerungsschutz, kritische Infrastruktur und Verteidigungstechnologie sieht;

12. welche Auswirkungen ein möglicher Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union nach Einschätzung der Landesregierung auf die baden-württembergische Verteidigungswirtschaft haben könnte;
13. ob die Landesregierung die Ukraine aufgrund ihrer hohen Innovationsgeschwindigkeit und praktischen Erfahrungen insbesondere in den Bereichen Drohnen, digitale Gefechtsführung, Cybersicherheit und Verteidigungsproduktion als künftigen Partner und Wettbewerber Baden-Württembergs auf dem europäischen Verteidigungsmarkt sieht (mit der Bitte um Darlegung der Gründe).

3.9.2026

Mayr, Gehring, Saladino, Schindele, Dr. Bastian Schneider CDU

Begründung

Die sicherheitspolitische Lage in Europa hat sich grundlegend verändert. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, zunehmende Cyberangriffe, Sabotage, Desinformation und weitere hybride Bedrohungen zeigen, dass Sicherheit nicht allein eine militärische Aufgabe ist. Sie setzt eine leistungsfähige Verteidigungswirtschaft, widerstandsfähige staatliche und wirtschaftliche Strukturen sowie eine enge Zusammenarbeit innerhalb Deutschlands und der Europäischen Union voraus.

Baden-Württemberg verfügt mit seiner starken industriellen Basis, seiner ausgeprägten Forschungslandschaft und seinen Kompetenzen unter anderem im Maschinen- und Fahrzeugbau, in der Elektronik, der Sensorik, der Luft- und Raumfahrt, der Cybersicherheit und der künstlichen Intelligenz über wichtige Voraussetzungen, um einen größeren Beitrag zur deutschen und europäischen Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeit zu leisten. Davon können zugleich neue Absatzmärkte, technologische Innovationen, zusätzliche Wertschöpfung und qualifizierte Arbeitsplätze im Land ausgehen.

Eine stärkere europäische Zusammenarbeit und gemeinsame Beschaffung können zur Bündelung der Nachfrage, zur Vereinheitlichung von Standards und zum Aufbau leistungsfähiger europäischer Produktionskapazitäten beitragen. Mit Blick auf eine weitere Annäherung und einen möglichen späteren Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union ergeben sich zusätzliche Chancen und Herausforderungen. Die Ukraine verfügt aufgrund ihrer unmittelbaren Kriegserfahrung über eine hochinnovative und dynamische Verteidigungswirtschaft. Sie ist damit sowohl ein wichtiger künftiger Kooperationspartner als auch ein zunehmend wettbewerbsfähiger Akteur auf dem europäischen Markt.

Der Antrag soll die Potenziale Baden-Württembergs, bestehende Hemmnisse sowie die erforderlichen politischen Rahmenbedingungen für eine stärkere sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene aufzeigen.